

Landtag einstimmig für Salames Rückkehr

Kurdin soll vor Weihnachten zu ihrer Familie nach Hildesheim kommen / Hardliner hatten eingelenkt

VON KLAUS WALLBAUM

Hannover. Warum kann Gazale Salame, die vor sieben Jahren in die Türkei abgeschobene Kurdin, jetzt mit einstimmiger Unterstützung des Landtages nach Deutschland zurückkehren? „Das ist das Ergebnis vieler Einzelgespräche“, erklärt die SPD-Abgeordnete Jutta Rübke, die sich seit Jahren für die Zusammenführung der Familie einsetzt. Gut sei auch gewesen, „dass der Innenausschuss des Landtags nicht öffentlich tagt“, fügte sie hinzu.

Damit spielt Rübke in der Landtagsdebatte auf folgenden Zusammenhang an: In der nicht-öffentlichen Sitzung hätten die Hardliner in der CDU und im Innenministerium ohne Gesichtsverlust einen Kurswechsel einleiten können – weg von der Unerbittlichkeit, hin zur Barmherzigkeit. Begleitet wird das von der Weiterentwicklung des Ausländerrechts. 2004 wurde Gazale Salame als schwangere Frau mit ihrer jüngsten Tochter abgeschoben, weil ihre Eltern früher bei der Einreise falsche Angaben gemacht



Seit Jahren ein Thema: Das Schicksal der Salames. Hier das Bild einer Demonstration. dpa

hatten. Ihr Mann und zwei ältere Töchter blieben zurück. „Nach heutigem Recht wäre das unmöglich“, sagt Hans-Henning Adler (Linke) und verweist auf den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und seine Urteile.

Salames älteste Tochter Amina ist inzwischen 15, kann wegen guter Integration ein eigenes Aufenthaltsrecht erhal-

ten – und ebnet damit ihrer Mutter und ihren Geschwistern den Weg zur Rückkehr nach Deutschland. Voraussetzung ist aber, dass die Mutter ihren Lebensunterhalt hier selbst bestreiten kann. Ein Unterstützerkreis, der für die Familie aktiv ist, will das sicherstellen.

In der Landtagsdebatte wird große Einigkeit beim Schicksal dieser Familie spürbar. „Das lässt uns nicht unberührt“, sagt Fritz Güntzler (CDU) und wünscht sich „eine humanitäre Lösung“. Es gehe darum, eine Mutter und ihre vier Kinder zusammenzubringen. Deutlich auf Distanz zu der Abschiebung von 2004 geht der Innenexperte der FDP, Jan-Christoph Oetjen: „Menschen machen Fehler, Politiker auch“, sagt er und fügt hinzu: „Eine schwangere Frau schiebt man nicht ab.“

Die SPD-Politikerin Rübke ordnet die Kurswende der Regierung in diesem Fall ausdrücklich ihrem CDU-Kollegen Güntzler und ihrem FDP-Kollegen Oetjen zu. „Und es ist ja auch bald Weihnachten“, ergänzt sie. Innenminister Schünemann ist in der Landtagsitzung

nicht dabei, er muss an der Innenministerkonferenz in Rostock teilnehmen. Für die Regierung äußert sich im Landtag die für Integration zuständige Sozialministerin Aygül Özkan, die über „menschliche Härten“ spricht, aber auch von einem „rechtlich eindeutigen Fall“. Özkan argumentiert sachlich und juristisch, sie lässt damit – anders als der FDP-Mann Oetjen – keine Abgrenzung von früheren Entscheidungen des Innenministeriums in dieser Frage erkennen.

Die emotionale Seite der Familiengeschichte bringt Filiz Polat (Grüne) noch einmal zum Ausdruck. Sie erwähnt die Leidensgeschichte der abgeschobenen Frau, ihre Bitten um Hilfe und die internationale Solidarität. Ein Brief des Vorsitzenden der UN-Kommission für Kinderrechte sei überzeugend, denn er stelle einen Kontrast heraus zwischen der Abschiebung und dem Schutz von Ehe und Familie im Grundgesetz. Mit stockender Stimme trägt Polat ihre Rede vor, im Landtag herrscht einen Moment lang betretene Stille. Von Wahlkampftönen ist nichts mehr zu vernehmen.

Fenster schließen

Ausschnitt drucken